

2. Landesdelegiertenrat

12. März 2010 in Halle (Saale)



Resolution: Kein Ausverkauf der Photovoltaik – Solarförderung weiterführen
--

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung auf, sich zur Nutzung der erneuerbaren Energien zu bekennen und sich gegen die geplante Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom einzusetzen. Die Landesregierung muss sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass eine moderate Degressionsregelung getroffen wird, die dem Solarindustriestandort Sachsen-Anhalts eine faire Chance gibt. Wir fordern zudem die Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, insbesondere von CDU und FDP, auf, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen.

Die Landesregierung muss klarstellen, dass eine zur Jahresmitte greifende Absenkung der Förderung eine Sondersituation darstellt. Der Zubau im ersten Halbjahr darf deshalb nicht wie vorgesehen zur Berechnung des flexiblen Degressionsanteils für 2011 herangezogen werden.

Die Landesregierung muss jetzt endlich auch Farbe zum Ausbau der Photovoltaik im eigenen Bundesland bekennen. Dies würde die Arbeitsplätze nicht nur in der von Exporten und Weltmarktgeschehen abhängigen Industrie entstehen lassen, sondern auch im Solarhandwerk. Dazu fordern wir ein Sonderprogramm durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.